

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 9. Dezember 1965

Blatt 3321

Gesperrt bis 17 Uhr:

Gemeinwirtschaftliche Leistungen bei Raumaufschließungen

9. Dezember (RK) Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft, Vizebürgermeister Felix Slavik, hat für heute 15.30 Uhr, zu einem Vortrag dieser Vereinigung eingeladen. Der Leiter der Magistratsabteilung für Straßenbau, Senatsrat Dipl.-Ing. Friedrich Grassinger, sprach im Großen Sitzungssaal der Wiener Städtischen Versicherung im Ringturm über das Thema "Gemeinwirtschaftliche Leistungen bei Raumaufschließungen". Er führte aus:

"Unser Zeitalter der Automatisierung ist in allen Industrieländern mit einem starken Wachstum der Städte verbunden. Das Anwachsen der städtischen Bevölkerung ging in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen vor sich und führte zu einem großen Wohnungsmangel.

In Wien, dessen Einwohnerzahl sich nach dem zweiten Weltkrieg auf rund 1,6 Millionen stabilisiert hat, ist wohl keine Bevölkerungsexplosion zu erwarten. Trotzdem führen die gesteigerten Bedürfnisse des Wohlstandszeitalters zu einem großen Bedarf an neuen Wohnungen. Da die inneren Bezirke dicht verbaut sind, können die benötigten Wohnungen nur in weiterer Entfernung vom Stadtkern, in den Außenbezirken, errichtet werden. Dazu aber ist die Bereitstellung neuen Baulandes, die Erschließung neuer Räume, erforderlich.

Die Erschließung eines neuen Baulandes erstreckt sich auf die Herstellung der Verkehrsflächen und der Versorgungsanlagen. Die Verkehrsflächen sind in der Regel von der Gemeinde herzu-

./.

stellen. Dagegen sind die Versorgungsanlagen zum Teil von der öffentlichen Hand und zum Teil von kommunalen oder sonstigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen zu bauen. Dies ist der Anteil, den die Gemeinwirtschaft für die Erschließung neuer Wohngebiete zu leisten hat. Es handelt sich hierbei um die Anlagen der Wasser- und Stromversorgung, der Versorgung mit Gas, Telefon und Fernheizung sowie um die Anlagen zur Beseitigung der Abwässer, also der Kanalisation.

Bei der Herstellung dieser Erschließungsanlagen ist zu berücksichtigen, daß zum Beispiel Strom und Wasser, vor allem aber befestigte Straßen bereits für die Durchführung der Hochbauarbeiten benötigt werden. Untersuchungen des Institutes für Bauforschung in Hannover haben ergeben, daß zum Beispiel die Aufwendungen für die Herstellung von behelfsmäßigen Baustraßen im unerschlossenen Gelände bis zu 20 Prozent der Kosten des endgültigen Straßennetzes betragen können. Außerdem entstehen beträchtliche Mehrkosten, wenn gleichzeitig mit den Hochbauarbeiten Leitungen verlegt werden müssen. Die Anlagen des Tiefbaues, wie die Verlegung der Kanäle, Gas- und Wasserleitungsrohre, sollen daher stets vor Inangriffnahme der Hochbauten hergestellt werden. Eine unbedingte Notwendigkeit stellt dies beim Bau von Fertigteil-Häusern dar, da die Heranschaffung der schweren Fertigteile nur auf befestigten Fahrbahnen möglich ist.

Wegen der gegenseitigen Behinderung beim Einbau und wegen der notwendigen Lagerung des anfallenden Aushubmaterials können die Verlegungsarbeiten nur nacheinander durchgeführt werden und erfordern daher einen erheblichen Zeitaufwand. Neben diesem Nachteil der in herkömmlicher Weise vorgenommenen Einbauten im Straßenkörper besteht ein weiterer darin, daß die Fahrbahnkonstruktion auf einen durch die Verlegung der Einbauten gelockerten Boden aufgebaut werden muß. Ein weiterer schwerwiegender Nachteil wirkt sich erst nach Jahren aus. Für Reparaturzwecke und für die Herstellung neuer Anschlüsse müssen nämlich die Verkehrsflächen aufgegraben werden. Die dadurch bedingten Behinderungen des Verkehrs verursachen der Volkswirtschaft durch Mehrverbrauch an Treibstoffen, größeren Reparaturanfall und vor allem durch Verlust an Arbeitszeit schweren Schaden.

Es wird daher bereits seit einiger Zeit nach anderen Möglichkeiten der Verlegung der Versorgungsleitungen gesucht. Bei der Erschließung von neuen Baugebieten kommt die Struktur der neuen Wohnhausanlagen diesen Bestrebungen sehr zu Gute. Die Wohnhäuser werden heute nicht mehr an der Baulinie in einer Zeile errichtet; es wird vielmehr aufgelockert gebaut, mit weiten Zwischenräumen und Grünflächen. Damit aber ist die Möglichkeit gegeben, für die Verlegung der Versorgungsleitungen eigene Trassen außerhalb der Fahrbahn vorzusehen.

Das Wiener Stadtbauamt hat daher die gemeinsame Verlegung von Versorgungsleitungen als Rationalisierungsmaßnahme durch das Österreichische Institut für Bauforschung untersuchen lassen. Dieses hat nach Berücksichtigung der zahlreichen Vorschriften und Bestimmungen, die für die Verlegung von Gas-, Wasser- und Stromleitungen bestehen, einen Vorschlag für die Herstellung eines Sammelgrabens ausgearbeitet, durch den sich gegenüber der traditionellen Methode eine Ersparnis von rund zehn Prozent ergeben würde.

• Erhebungen bei neuen großen Wohnhausanlagen am Rande Wiens haben ergeben, daß die Kosten der Straßenherstellungen und des Baues der Versorgungsleitungen einschließlich der Fernheizung ungefähr zehn Prozent der Gesamtbaukosten betragen. Dies allerdings unter der sehr günstigen Voraussetzung, daß die neuen Wohnhausanlagen unmittelbar anschließend an bereits verbautes Gebiet errichtet wurden. Es waren daher sowohl Straßen als auch Kanäle und sämtliche Versorgungsnetze vorhanden, an die angeschlossen werden konnte. Die Aufschließungsarbeiten erstreckten sich daher nur auf das neue Baugelände. Der Anteil der Aufschließungskosten wird jedoch mit der Verlagerung der Wohnbautätigkeit in weiter vom Stadtkern entfernte Gebiete stark ansteigen. Die kommunalen und sonstigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen werden für diese Arbeiten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten hunderte Millionen Schilling aufwenden müssen. Eine möglichst wirtschaftliche Verwendung dieser Mittel soll durch Rationalisierung der Methoden der Aufschließung erreicht werden."

Musikveranstaltungen in der Woche vom 13. bis 19. Dezember
 =====

9. Dezember (RK)

Montag, 13. Dezember:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Dagobert Buchholz "Probleme der Liedinterpretation" (IV)
- 19.00 Uhr, Palais Palfy, Figarosaal, Haydn Salon: Österreichisch-Polnische Gesellschaft: Weihnachtskonzert; Halina Czerny-Stefanska, Klavier / Andrzej Bachleda, Tenor (Mozart, Schumann, Chopin)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Wiener Streichquartett (Haydn: Streichquartett C-dur op.33/3; Beethoven: Streichquartett f-moll op. 95; Brahms: Streichquartett c-moll op. 51/1)
- 20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg; Ensemble "Musica da camera": "Virtuose Cembalo-Musik"; Vera Schwarz, Cembalo
 Rene Clemencic, Flauto dolce / Eduard Melkus und Marion van Beek, Barockgeige / Alfred Planyavsky, Violine (J.S. Bach, Ph. E. Bach, Scarlatti, Mozart); Wiederholung vom 12. Dezember
- 20.00 Uhr, Palais Palfy, Beethovensaal: Österreichische Gesellschaft für Musik: Einführungsabend zur Volksoperpremiere von Stanislaw Moniuszkos Oper "Halka"; es spricht Dr. Marcel Prawy

Dienstag, 14. Dezember:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Violoncello-Abend der Klasse Richard Krottschak (Schubert, Brahms, Prokofieff)
- 19.00 Uhr, Musikakademie, 1, Singerstraße 26, Orgelsaal B: Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend der Klasse Anton Feiller (Bach, Franck, Reger)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: Beethoven-Klavierabend Friedrich Gulda (Sonaten op. 13 "Pathetique", op. 27/2 "Mondschein-Sonate", op. 81 a "Les Adieux" und op. 106 "Hammerklavier-Sonate")

Mittwoch, 15. Dezember:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Liederabend der Klasse für Lied und Oratorium
 Dr. Erik Werba - Kurt Schmidek

./.

- 19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Vortragsabend Julika Behar und Hideko Ukai (Klavierklasse Roland Raupenstrauch)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Klavierabend Florencia Raitzin (Mozart: Sonate B-dur KV-570; Schumann: Kreisleriana op. 16; Chopin: Sonate h-moll op. 58; Bach: Französische Suite G-dur; Bartók: 15 ungarische Volkslieder)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus II (Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus I der KHG); Wiener Symphoniker, Wladimir Orloff (Cello), Dirigent Zdenek Kosler (Lutoslawski, Tschaikowsky, Dvořak)

Donnerstag, 16. Dezember:

- 18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Violinabend der Klasse Eduard Melkus (Bruch, Tschaikowsky, Hindemith)
- 19.00 Uhr, Musikakademie, Orgelsaal 17: Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend der Klasse Alois Forer
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Abonnement-Liederabend Christa Ludwig, am Flügel Dr. Erik Werba (Schumann, Reger, Pfitzner, Rachmaninoff)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft 3. Konzert im Zyklus I; Wiener Symphoniker, Wladimir Orloff (Cello), Dirigent Zdenek Kosler (Lutoslawski: Trauermusik; Tschaikowsky: Rokoko-Variationen op. 33; Dvořak: 7. Symphonie d-moll op. 70)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Klavierabend Margaret May (Bach, Mozart, Beethoven, Scriabine, Liszt, Chopin, Kabalewsky)

Freitag, 17. Dezember:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Dagobert Buchholz "Probleme der Liedinterpretation" (V)
- 19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Vortragsabend der Klavierklasse Gertraud Kubašek "Originalmusik für vier Hände"
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus V; Orgelabend Hans Haselböck "Deutsche und französische Orgelmusik der Weihnachtszeit" (Danrieu, Pachelbel, Buxtehude, Distler, Messiaen)

19.30 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 2. Konzert im Zyklus IV; Orchester von Radio Wien, Georg Weinhengst (Flöte), Dirigent Ernst Märzendorfer (Leiterneyer: Capriccio concertato op. 20; R. Kittler: Konzert für Flöte und kleines Orchester; E-Marckhl: Symphonie in cis)

Samstag, 18. Dezember:

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: Nicolai-Konzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Bruckner: 8. Symphonie c-moll)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: a.o. Chororchesterkonzert; Orchester des Linzer Landestheaters, Wiener Jeunesse-Chor, Solisten Hansmann - Soukupova - Equiluz - Ronge - , Dirigent Kurt Wöss (G. Fr. Händel "Der Messias")

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus IX A "Werke aus den Niederlanden"; Ensemble "Musica antiqua"; Choralschola der Hofburgkapelle, Leitung Rene Clemencic (Dufay, Obrecht, des Pres, Willaert, di Lasso)

Sonntag, 19. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: Wiederholung des Nicolai-Konzertes, Dirigent Dr. Karl Böhm (Bruckner: 8. Symphonie)

11.00 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 3. Konzert im Zyklus II; Wiener Symphonier, Elly Ney (Klavier), Dirigent Robert Heger Haydn: Symphonie Es-dur "Mit dem Paukenwirbel"; Beethoven: 3. Klavierkonzert c-moll op. 37; Reger: Mozart-Variationen op. 132)

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 5. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend Walter Klien (Klavier), Dirigent Dr. Oskar Danon (Glinka: Ouvertüre zu "Ruslan und Ludmilla"; Beethoven: 4. Klavierkonzert; Schostakowitsch: 1. Symphonie)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus IX B (Wiederholung vom 18. Dezember) "Werke aus den Niederlanden"; Ensemble "Musica antiqua", Choralschola der Hofburgkapelle, Leitung Rene Clemencic

19.30 Uhr, Palais Palfy, Beethovensaal, Haydn Salon: Wiener Beethoven-Gesellschaft: Klavierabend Elly Ney (Beethoven-Sonaten)

9. Dezember 1965

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 3327

10.30 Uhr, K nzerthaus, Mozartsaal: Wiener Kammerorchester:
3. Konzert im Matineen-Zyklus; mitwirkend Michael
Frischenschlager (Violine), Dirigent Ernst Dunshirn
(J.S. Bach: Suite D-dur; Mozart Violinkonzert G-dur
KV 216; Schubert: Konzertst ck D-dur f r Violine und
Orchester; Beethoven: M dlinger T nze; Haydn: Syphonie-
D-dur Nr. 73)

- - -

Wiener Gemeinderat - Vorläufige Rednerliste
 =====

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien sowie zum Wirtschafts-
plan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1966

(Mit zusätzlichen Nominierungen ist zu rechnen)

9. Dezember (RK)

Bericht- erstatter Stadtrat	Geschäfts- gruppe	Zum Wort gemeldet			
		<u>KLS</u>	<u>FPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>
VBgm. Slavik Do.9.12.	General- u. Spezial- debatte z. Gesch.Gr.II	Lauscher	Dr.Schmidt	Dr.Bauer	Planek
Bock Fr.10.12.	SpezDeb. GeschGr. I	Maller	Dr. Hirnschall	Eleonora Hiltl	Müller Schiller
Mandl Sa.11.12.	SpezDeb. GeschGr.III	Lauscher	Peter	Fröhlich	Liwanec
Maria Jacobi Mo.13.12.	SpezDeb. GeschGr.IV	Lauscher	Dr. Hirnschall	Kabesch	Graczoll Maria Szöllösi
Dr.Glück Di.14.12.	SpezDeb. GeschGr.V	Maller	Dr. Hirnschall	Lehner	Jos.Fischer Pellet Dipl.Vw. Karoline Pluskal
Heller Mi.15.12.	SpezDeb. GeschGr.VI	Lauscher	Dr. Schmidt	Pelzel- mayer	Dkfm. Hintschig
VBgm. Dr.Drimmel Do.16.12.	SpezDeb. GeschGr.VII	Lauscher	Dr. Schmidt	Neusser	Peska
Pfoch Fr.17.12.	SpezDeb. GeschGr. VIII	Maller	Peter	Matza	Fucik Ing. Hofstätter
Glaserer Sa.18.12.	SpezDeb. GeschGr. IX	Maller	Dr. Schmidt	Dr.Helene Stürzer	Dr.Bohmann Windisch

Bericht- erstatter Stadtrat	Geschäfts- gruppe	<u>Zum Wort gemeldet</u>			
		<u>KLS</u>	<u>FPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>
Dkfm.DDr. Prutscher Mo.20.12.	SpezDeb. . GeschGr.X	Leuscher	Peter	Jetzletz- berger	Deutsch
Sigmund Di.21.12.	SpezDeb. GeschGR.XI	Maller	Dr. Hirnschall	Dr. Glatzl	Sagmeister
Dkfm.Dr. Maria Schaumayer Mi.22.12.	SpezDeb. GeschGR.XII	Maller	Peter	Kowarsch	Kostelecky Nekula

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

9. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zur Beratung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1966 zusammen.

Es lagen folgende Anträge der KLS vor: betreffend "Installierung der Straßenbeleuchtung in der Breitenleer Straße", betreffend "Instandsetzung von Wegen im 22. Bezirk", betreffend "Verlängerung der städtischen Autobuslinie 63" sowie betreffend "Schaffung einer Verkehrsverbindung zwischen Meidling und Favoriten durch Verlängerung einer städtischen Autobuslinie".

Hierauf wurde die Wahl von neuen Schriftführern vorgenommen, die der Gemeinderat nach der Geschäftsordnung jeweils auf die Dauer eines Jahres zu wählen hat. Die neuen Schriftführer sind: von der SPÖ Franz Graczoll, Maria Hirschler, Herbert Mayr, Leopoldine Schlinger, Josef Srp und Margarete Tischler; von der ÖVP Erich Kabesch, Walter Lehner und Wilhelm Neusser.

Der Ablauf der Debatte

Auf Vorschlag des Bürgermeisters erklärt sich der Gemeinderat mit der Abwicklung der Budgetdebatte in folgender Form einverstanden: So wie in den letzten Jahren wird zuerst die Generaldebatte, verbunden mit der Spezialdebatte zur Verwaltungsgruppe II (Finanzwesen), durchgeführt und hierauf über die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe abgestimmt. Morgen, Freitag folgt die Verhandlung über die Verwaltungsgruppe I (Personal) und in weiterer Folge wird über die Verwaltungsgruppen III bis XI, jede als eigene Beratungsgruppe, nach je einem einleitenden Bericht des zuständigen Amtsführenden Stadtrates verhandelt und abgestimmt werden. Nach der Beschlußfassung über die Ansätze der Verwaltungsgruppe XI wird über Bilanz und Bedeckung, worüber Vizebürgermeister Slavik bereits in seinem ein-

leitenden Referat berichten wird, abgestimmt werden. Damit wird der Voranschlag für das Jahr 1966 erledigt sein.

Wiener Voranschlag für 1966

Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ) referiert nun - zum neuntenmal wie er betont - über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1966, der von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Stadt sein wird.

Der Entwurf des Voranschlages war vom 30. November bis 7. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Von diesem Recht der Einsichtnahme haben 35 Personen Gebrauch gemacht, und zwar 22 Männer und 13 Frauen. 30 Personen haben sogenannte Erinnerungen abgegeben, zwei Erinnerungen wurden durch die Post zugesandt.

Zum Finanzwesen wurden zwei Erinnerungen abgegeben, zur Kultur sieben, zum Wohlfahrtswesen sieben, zum Gesundheitswesen zehn, zu Bauangelegenheiten acht, zu Baubehördliche Angelegenheiten vier, zu Öffentliche Einrichtungen elf, zu Wirtschaftsangelegenheiten zwei, zu Allgemeine Verwaltung zwei, und zu den Städtischen Unternehmungen 17. Neun Erinnerungen betreffen nicht den Voranschlag und beschäftigen sich mit Steuerreformen, mit einem Bodenbeschaffungsgesetz, dem Ausbau des Schnellbahnnetzes und dem Bau von Mittelschulen. Die Erinnerungen zum Budget behandeln unter anderem den Neubau von Schulen, die Errichtung von Kinderspielplätzen und Kindergärten, den Bettenmangel in den Spitälern, Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung, Straßen- und Gehsteigerstellungen, höhere Ansätze für Wohnbauten und Verkehrsbauten, die Errichtung von Lichtsignalanlagen und den Ausbau der Straßenbeleuchtung, Probleme der Stadtreinigung und der Bäder, die Verlegung des Naschmarktes, die Einrichtung einer Fragestunde im Gemeinderat sowie Verkehrsverbesserungen bei Straßenbahn und Autobus.

Die Sicherung der elementaren Lebenserfordernisse

Bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1966 wurde die Überlegung zugrunde gelegt, daß die Gemeindeverwaltung dafür sorgen muß, daß vor allem die elementaren Erfordernisse des Lebens in einer Zivilisation gesichert werden: Nahrung,

Kleidung und Wohnung. Wenn man sich zu diesem unbestrittenen Recht unserer Bevölkerung bekennt, dann muß man sich auch zur Vollbeschäftigung bekennen. Sie ist die wesentlichste Voraussetzung dafür, daß diese elementaren Grundrechte des Lebens gesichert werden können. In- und ausländische Institute kamen übereinstimmend zu der Schätzung, daß mit einem Wachstum unseres Bruttonationalprodukts im Ausmaß von etwa vier Prozent gerechnet werden kann. Eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Wachstum unseres Bruttonationalprodukts bildet die Zahl der Beschäftigten. Eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten um rund 20.000 Arbeitskräfte kann ein Wachstum von rund einem Prozent bewirken. Gewisse Reserven liegen noch beim Fremdenverkehr, wo es noch ruhige Monate gibt. Hier muß durch Propaganda- und Organisationsmaßnahmen der Versuch unternommen werden, die stillen Monate mehr als bisher zu beleben. Vor allem aber muß die Steigerung des Bruttonationalprodukts um vier Prozent durch Rationalisierungs- und Organisationsmaßnahmen in unserer Wirtschaft selbst erreicht werden.

Bei der Erstellung des Voranschlages mußte auch die Preis- und Lohnentwicklung berücksichtigt werden. Während in den ersten zehn Monaten dieses Jahres eine Preissteigerung von fünf Prozent eingetreten ist, ist in den ersten neuen Monaten - für die die Unterlagen vorliegen - das Bruttoeinkommen um acht Prozent gestiegen, was einer Steigerung des Nettoeinkommens um sechs Prozent entspricht. Somit hat das Realeinkommen eine Erhöhung um ein Prozent erreicht. Der Lebensstandard ist somit in diesem Zeitraum nur verhältnismäßig wenig gestiegen. Man darf sich durch die Motorisierung und die Entwicklung des Fernsehens nicht täuschen lassen. Wir wissen, wie viele Ratengeschäfte auf diesem Gebiet abgeschlossen werden und mit wieviel Einschränkungen auf anderen Sektoren diese Entwicklung erkaufte wird.

Diese Überlegungen waren auch maßgebend, für die Behandlung der Stadtwerke. So ist im Voranschlag ein Stabilisierungsbeitrag für die Wiener Verkehrsbetriebe im Ausmaß von 170 Millionen Schilling vorgesehen. Das soll mithelfen, diese geringfügige Differenz nicht noch weiter zu vermindern oder gar ins Negative umschlagen zu lassen. Zu beachten war ferner die Entwicklung der Baukosten, wo eine Steigerung um neun Prozent zu verzeichnen ist.

Bei der Erstellung des Voranschlages mußte weiter berücksichtigt werden, daß bei den Verhandlungen noch nicht klar war, wie der Finanzausgleich in den kommenden Jahren aussehen wird. Nun wird der bestehende Finanzausgleich auch für das Jahr 1966 in Geltung bleiben. Dieser Finanzausgleich war ursprünglich für fünf Jahre vorgesehen und ist nunmehr das achte Jahr in Kraft. Das zeigt, daß es wahrscheinlich ein sehr gerechter Finanzausgleich war.

Den Gebietskörperschaften stellen sich aber noch andere dringende Probleme. Mit dem Schuljahr 1966/67 wird das neunte Schuljahr wirksam werden. Zur Lösung dieses Problems ist in Aussicht genommen, in den nächsten Jahren Schulbauanleihen aufzulegen. Ein zweites wichtiges Problem ist die Erhaltung der Spitäler. Hiobsbotschaften, wie sie manchmal in den Zeitungen stehen, treffen nicht zu, denn niemand denkt daran, die privaten Spitäler zu schließen. Viel ernster erscheint, daß sich einzelne Gemeinden mit dem Gedanken tragen, den Spitalsbetrieb einzuschränken. Die Vertreter der Länder und Gemeinden waren der Auffassung, daß wieder die "Drei-Achtel-Deckung" eingeführt werden müßte, sie haben sich aber auch zu einer Solidaritätsaktion zugunsten der Spitalerhalter bereiterklärt, wonach Bund, Länder und Gemeinden zugunsten der Spitalerhalter auf je ein halbes Prozent der Ertragsanteile verzichten sollen. Auch mit dieser Angelegenheit wird sich das neue Parlament unmittelbar nach seinem Zusammentritt zu beschäftigen haben. Weitere Probleme bilden der Straßenbau, die Wasserversorgung, die Abwasserreinigung und die Luftreinigung. Die Lösung jedes einzelnen dieser Probleme erfordert einen Milliardenaufwand, und es ist bisher noch nicht abzusehen, wie die Mittel hierfür aufgebracht werden sollen.

Wie in den vergangenen Jahren bildet auch heuer wieder der Wohnbau einen Schwerpunkt im Budget. Vorgesehen sind die Errichtung von 5.000 Gemeindewohnungen und die Förderung von 6.300 Wohneinheiten, womit erstmals eine Zahl von 11.300 Wohnungen erreicht wird, die die Stadt selbst baut oder durch Förderungsmaßnahmen bauen hilft. Dazu kommen die Förderungsbeträge aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds und der private Wohnbau, sodaß

insgesamt mit der Neuerrichtung von 13.000 bis 14.000 Wohneinheiten in Wien gerechnet werden kann. Mit dieser Zahl erreicht Wien erstmals 7,7 neue Wohnungen pro tausend Einwohner. 1963 waren es 5,5, 1964 erstmals für Österreich 6,4 Wohnungen pro tausend Einwohner. Die Steigerung ist also sehr beachtlich. Gemessen an anderen Ländern, mit denen wir uns vergleichen können, sind wir jedoch noch weit zurück: Die Schweiz baut zehn, die skandinavischen Länder errichten im Durchschnitt 9,5 Wohnungen pro Jahr und tausend Einwohner. Daher dürfen wir uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben und müssen uns als Nahziel den Bau von 8,5 Wohnungen pro tausend Einwohner, das sind 15.000 Wohnungen im Jahr, vornehmen. 1966 wird ein Schritt in dieser Richtung getan, im Interesse unserer Familien und unserer Jugend müssen wir jedoch weitere Anstrengungen unternehmen.

Auch auf anderen Gebieten warten große Aufgaben. Eine davon ist die Verbesserung der Infrastruktur unserer Wirtschaft. Sie ist zur Erhaltung der Vollbeschäftigung und des Zuzugs von Arbeitskräften besonders wichtig. Die gesellschaftliche Entwicklung fordert ferner mehr öffentliche Einrichtungen für unsere Kinder und für unsere Alten, um sich die im Arbeitsprozeß Stehenden nicht ausreichend kümmern können. Dazu gehört auch ein entsprechender Ausbau der Spitäler.

Auch an unsere Stadtwerke werden immer größere Anforderungen gestellt. Das Budget berücksichtigt dies durch eine einmalige Zuwendung von 170 Millionen Schilling an die Wiener Stadtwerke. In den folgenden Jahren soll ein jährlicher Zuschuß von 100 Millionen gezahlt werden. Außerdem wurde eine Kapitalaufstockung von insgesamt 361,6 Millionen Schilling vorgenommen, teilweise durch Vermögensübertragungen, beziehungsweise durch Übernahme von Leistungen durch die Hoheitsverwaltung. Auch die Rationalisierung der Stadtwerke wird systematisch fortgesetzt. Dazu ist die Auflage einer Investitionsanleihe in der Höhe von 500 Millionen Schilling vorgesehen.

2.247 Millionen für Investitionen

Bei der Erstellung des Budgets hat man die Wünsche der einzelnen Ressorts den Realitäten gegenübergestellt. Das "Wunschbudget" hätte einen Abgang von 1.610,7 Millionen Schilling ergeben, mit dem wir natürlich nicht vor den Gemeinderat gehen hätten können. Es waren daher Korrekturen notwendig, leider auch bei den Investitionen. Die diesbezüglichen Wünsche hätten 3.371,2 Millionen erfordert. 1.123,4 Millionen mußten davon gestrichen werden und das Budget sieht nunmehr Investitionen von 2.247,8 Millionen vor.

Man liest manchmal in den Zeitungen, in Wien herrsche Überfluß. Dies stimmt nicht, denn man sieht, daß in Wien viel mehr Wünsche offen sind, als erfüllt werden können. Aber wir wirtschaften sparsam und führen nur das durch, was wir uns leisten können.

Noch etwas Interessantes zeigt der Voranschlag 1966: der Personalstand wird eine Steigerung um 49 Dienstposten auf 34.738 erfahren. Diese geringfügige Steigerung ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß ständig neue Kindergärten, neue Grünflächen, mehr Straßen, Kanäle, Rohrleitungen und mehr Wohnungen errichtet werden. All das erfordert natürlich auch einen vermehrten Arbeitsaufwand. Daß dieser mit praktisch dem gleichen Personalstand bewältigt werden kann, ist nur durch eine weitgehende Rationalisierung auf allen Gebieten möglich. Diese Rationalisierungsmaßnahmen werden stets im Einvernehmen mit den Bediensteten und mit der Gewerkschaft durchgeführt. Dahinter verbirgt sich eine großartige Leistung der Gemeindeangestellten, die leider nicht immer entsprechend gewürdigt wird. Anlässlich des Nationalfeiertages gab es Pressekommentare, die sich darüber mokierten, daß diejenigen, die von den Steuern leben, arbeitsfrei hatten. Ich glaube, der Wiener Gemeinderat sollte allen Gemeindebediensteten zum Ausdruck bringen, daß er die dumme Meinung nicht teilt, diese hätten nichts zu tun, als am Ersten das Geld abzuholen, sondern auf die Leistungen unserer Arbeiter und Angestellten stolz ist. (Allgemeiner Beifall.)

./.

Auch einer anderen, bisweilen in der Presse geäußerten Meinung muß entgegengetreten werden: Wien verwaltet sparsam, kann aber auf Einnahmen nicht leichtfertig verzichten. Wenn sich die Löhne ändern, ändern sich sofort auch die Steuern. Beim Vermögen ist das anders, seine Besteuerung ändert sich nur alle sechs Jahre. Im Falle der Grundsteuer fand die letzte Hauptfeststellung 1956 statt. Die nächste gab es nicht nach sechs, sondern erst nach sieben Jahren, nämlich 1963. Wollte man den Wirksamkeitsbeginn der neuen Grundsteuer erst mit 1965 festsetzen, wäre diese Abgabe volle neun Jahre gleich geblieben. Die ganz geringe Anzahl der Berufungen und Eingaben gegen die neuen Abgabenbescheide - gegen den Zeitpunkt des Wirksamkeitsbeginnes gab es eine einzige und gegen Höhe und Rückwirkung auch eine einzige Eingabe - zeigen, daß die Bevölkerung dafür Verständnis hat, daß die erhöhte Grundsteuer ab 1963 eingehoben wird. Überdies werden von Amts wegen zinsfreie Ratenzahlungen bewilligt und in Härtefällen Billigkeitsmaßnahmen getroffen. Damit haben wir das sozial Richtige getan und gleichzeitig auch die Interessen der Gemeinschaft gewahrt.

Der Budgeterstellung sind wie jedes Jahr monatelange Vorarbeiten vorausgegangen. Die Beratungen auf der Politikerebene sind in sehr kollegialer und sachlicher Atmosphäre vor sich gegangen und es wurde volles Einvernehmen erzielt. Ich möchte an dieser Stelle allen Beamten, die bei der Ausarbeitung des Voranschlages mitgewirkt haben und meinen Kollegen im Stadtsenat für das gute Einvernehmen herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

Man rechnet 1966 also mit Gesamteinnahmen von 9.505,061.100 Schilling und Gesamtausgaben von 9.741,632.000 Schilling. Es ergibt sich also ein Abgang von 236,570.900 Schilling. Wir haben allerdings im Voranschlag eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben in der Höhe von 180 Millionen Schilling vorgesehen. Die Einnahmen teilen sich folgendermaßen auf: Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 3,3 Milliarden, städtische Steuern und Abgaben einschließlich Zuschläge zu den Wettgebühren 1,834.651.000 S, Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren etc. 1.051,827.600 S, verschiedene Einnahmen 1,775,349.600 S, Vertiefungsdurchführung 797,807.900 Schilling, weiterzugebende Darlehen

245,425.000 Schilling und Erlös aus der Investitionsanleihe 1966 500 Millionen Schilling.

Für den Personalaufwand erwarten wir Ausgaben von 2,679,388.800 Schilling, das sind 29,8 Prozent der bereinigten Ausgaben. Im Vorjahr waren es 29,4 Prozent. Der Sachaufwand steigt perzentuell gesehen gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent. Für Investitionen haben wir 2.447,850.000 Schilling vorgesehen, das sind 27,2 Prozent, gegenüber 28,2 Prozent. Diese perzentuelle Verschiebung kommt dadurch zustande, daß wir immer mehr Schulen, Kindergärten, mehr Straßen, teurere und zusätzliche Einrichtungen in den Spitälern und ähnliches zu betreuen haben und der Sachaufwand dadurch immer größer wird. Die dadurch perzentuell geringeren Investitionen sinken jedoch nur perzentuell, nicht jedoch in der Höhe der Beträge.

Gegenüber dem Voranschlag für 1965 sind die Einnahmen ohne die durchlaufende Darlehensgewährung um 9,1 Prozent und die Ausgaben um 8,9 Prozent angestiegen. Der veranschlagte Abgang beträgt 2,4 Prozent gegenüber 2,6 Prozent im Jahre 1965. Die Einnahmen bei der Gewerbesteuer wurden für 1966 besonders vorsichtig geschätzt, da das heurige Ergebnis den Schätzungen nicht entsprechen wird. Die Gewerbesteuer hat die Entwicklung genommen, die die Gemeindeverwaltung bereits 1958 dazu veranlaßt hat, einen Teil der Gewerbesteuer gegen andere Beteiligungen einzutauschen. Bei den anderen Steuereinnahmen haben wir im wesentlichen überall Steigerungen angenommen, so besonders bei der Grundsteuer, da sich durch die Neufestsetzung der Einheitswerte höhere Steuereingänge ergeben werden.

Für das gesamte Bau- und Baunebengewerbe betreffende Ausgaben wird 1966 mit 3,2 Milliarden Schilling gerechnet, gegenüber 3.052,000.000 im Jahr 1965. Das ist eine Steigerung um rund 170 Millionen Schilling oder 5,6 Prozent.

In der Finanzgruppe direkt sind einschließlich der weitergegebenen Darlehen und Anlehen Ausgaben von rund 2.186,601.600 Schilling für 1966 veranschlagt (1965: rund 1.932,400.000).

Das starke Ansteigen geht unter anderem auf die 170 Millionen als Zuschuß der Hoheitsverwaltung an die Verkehrsbetriebe, auf die Erhöhung der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben um 20 Millionen und auf den höheren Schuldendienst zurück. Vom Finanzministerium wurde bereits die grundsätzliche Zustimmung gegeben, auch im Jahr 1966 eine Investitionsanleihe in der Höhe von 500 Millionen Schilling aufzulegen, die wieder den Stadtwerken zur Verfügung gestellt werden soll.

Wesentlicher Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung

Der Referent stellt fest, daß man bei der Erstellung des Voranschlages bemüht war, mit den veranschlagten Beträgen allen Erfordernissen Rechnung zu tragen, die voraussichtlich im kommenden Jahr anfallen werden.

Detaillierte Angaben werden die Referenten bei den einzelnen Verwaltungsgruppen machen.

Im übrigen hofft Vizebürgermeister Slavik, daß der Wiener Gemeinderat mit den Grundsätzen, die bei der Erstellung des Voranschlages 1966 befolgt wurden, einverstanden ist. Nach seiner Ansicht gibt der Voranschlag auch 1966 der Gemeindeverwaltung die Möglichkeit, das zweite Jahr der Legislaturperiode erfolgreich zu absolvieren und wieder einen Schritt weiter zu tun in der Durchführung des gegebenen Arbeitsprogrammes.

Die Beträge dieses Voranschlages werden einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung geben und auch mithelfen, unsere Stadt weiter zu entwickeln. Wir leben in einer glücklichen, vielleicht aber auch schweren Zeit, die uns viel Arbeit aufbürdet, aber auch in einer Zeit, die uns viele Möglichkeiten bietet. Diese Zeit der Vollbeschäftigung und Aufwärtsentwicklung müssen wir nützen im Interessen unserer und der nachfolgenden Generationen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die eingebrachten Erinnerungen zum Voranschlag 1966 ersucht der Referent den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen. Abschließend stellt Slavik die formellen Anträge.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

./.

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

9. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obst-
sorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 S bis 5 S je Kilo,
inländischer Kohl 3 S bis 6.50 S je Kilo, inländischer Kohlrabi
1 S bis 2.50 S je Stück.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 4 S bis 7 S je
Kilo, inländische Äpfel Tafelware 6 S bis 12 S je Kilo,
Orangen sind ab 4.50 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S
je Kilo.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Die General- und Spezialdebatte

Sodann wird die General- und Spezialdebatte eröffnet. Als erster Redner spricht Gemeinderat Lauscher (KLS). Er übt Kritik an dem Budget, von dem er sagt, daß es sich in altbekannten Bahnen bewege. Strukturelle Veränderungen oder höhere Leistungen seien leider nicht zu erwarten. Der größere Aufwand komme durch Preiserhöhungen zustande, die Einnahmen steigen durch zu erwartende größere Erträgnisse aus Steuern und Abgaben und durch die Aufnahme von Darlehen. Bemerkenswert sei, daß bei der Lohnsummensteuer mit einer um 28 Millionen Schilling größeren Einnahme gerechnet werde, bei der Gewerbesteuer jedoch nur mit einer um zwei Millionen höheren Einnahme. Die Löhne seien zwar gestiegen, die Profite aber auch, und zwar ungleich mehr als die Löhne. Eine gewaltige Steigerung der Einnahmen werde durch die Erhöhung der Grundsteuer um 25 Prozent erreicht. Die Zahl der Benachteiligten sei hier weitaus größer als die der Begünstigten. So gehören zum Beispiel alle Mieter zu den Betroffenen, weil die Eigentümer die Erhöhung auf die Mieter abwälzen werden.

Viele brennende Probleme könnten auch im nächsten Jahr nicht gelöst werden. So würden zum Beispiel nur genau so viele oder genau so wenige Wohnungen gebaut werden, wie für heuer vorgesehen waren, nämlich 11.300. Wie immer wieder erklärt werde, scheitere eine stärkere Wohnbautätigkeit nicht an der Geldfrage, sondern an der bereits völlig ausgelasteten Baukapazität. Im Gegensatz dazu sei aber zum Beispiel die Montagebaufabrik weitaus leistungsfähiger als seinerzeit angenommen wurde. Außerdem hätten sich auch zahlreiche Baufirmen bereit erklärt, zu den gleichen Bedingungen wie die Montagebaufabrik für die Gemeinde zu bauen. Die Möglichkeiten für den Bau von mehr Wohnungen seien also gegeben, im Budget werde davon jedoch kein Gebrauch gemacht.

Ähnlich sei es mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Die KLS-Fraktion habe dem Gemeinderat schon in den fünfziger Jahren einen Vorschlag über den Bau eines Schnellbahnnetzes unterbreitet. Aber erst nach vielen Jahren konnte die Teilstrecke Meidling-Floridsdorf dem Verkehr übergeben werden. Im vorliegenden Budget

merke man nichts von einem weiteren Ausbau des Schnellbahnnetzes. Für Vorarbeiten zum Ausbau des Stadtbahnnetzes seien zwei Millionen Schilling vorgesehen, ansonsten finde man nur Beträge für die Unterführung Lastenstraße, für Kreuzungsbauwerke und Fußgängerpassagen.

Keine Ansätze gebe es im Budget für die Errichtung der vierten Donaubrücke, der zweiten Müllverbrennungsanlage, des Fernheizwerkes, des Krankenhauses und Altersheimes Ost und des neuen Dianabades sowie schließlich für den absoluten Hochwasserschutz. Alle diese wichtigen Bauten seien schon seit langem versprochen, im Budget 1966 sei aber nichts dafür vorgesehen.

Für all das brauche man riesige Geldmittel, die es jedoch nicht in genügendem Ausmaß gibt, weil Wien vom Bund seit Jahr und Tag vernachlässigt und benachteiligt werde. Diese Benachteiligung sei auch schon vor der Wiener ÖVP zugegeben worden, und zwar auf dem Klagenfurter Bundesparteitag im Jahre 1963. Aber was habe die Wiener ÖVP seither dagegen getan? Nichts sei zum Beispiel auf dem Gebiet des Gesundheitswesens geschehen. Das Defizit der Wiener Spitäler steige von Jahr zu Jahr. Auch bei den difizitären Verkehrsbetrieben sei nichts geschehen. Die Wiener ÖVP habe beim Bund die entsprechenden Beträge weder für den Ausbau der Massenverkehrsmittel Wiens noch für die Sicherung eines absoluten Hochwasserschutzes reklamiert. Die Haltung der Wiener ÖVP sei ein typisches Beispiel von Lizitationspolitik.

Die ÖVP sei der Meinung, in den nächsten fünf Jahren könnten nicht nur 45.000, sondern 60.000 Wohnungen gebaut werden. Wie verhalte sich diese Ansicht jedoch zur Forderung der ÖVP, den kommunalen Wohnungsbau zu reduzieren? Die ÖVP habe auch nichts unternommen, damit die Gemeinde endlich wieder über freiwerdende Wohnungen verfügen könne. Sie habe auch nichts dazu getan, daß endlich ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz zustande komme. Sie vertrete nach wie vor die Interessen der Großunternehmer und der Bodenspekulanten.

Der Grund, warum in den vergangenen Jahren noch kein besserer Finanzausgleich durchgesetzt werden konnte, liege darin, daß die SPÖ-Rathausmehrheit immer wieder auf ihren demagogischen Koalitionspartner Rücksicht nehme und den Weg des geringeren Widerstandes einschlage. Vizebürgermeister Slavik habe auch heute wieder den Finanzausgleich als "nicht ungünstig", als "gerecht" bezeichnet. Die Tatsachen stünden jedoch im Gegensatz dazu.

Im weiteren stellt GR. Lauscher fest, daß die Politik der Gebühren-, Tarif- und Preiserhöhungen in diesem Jahr eine spürbare Verteuerung der Lebenshaltungskosten zur Folge hatte. Im Budget für 1966 seien erhöhte Gebühren für die Müllabfuhr vorgesehen; sie sollen um rund 30 Prozent steigen. Außerdem denke man auch an eine Fahrpreiserhöhung der öffentlichen Verkehrsmittel. Diese Erhöhung sei allerdings wegen der bevorstehenden Wahlen auf später verschoben worden.

Als letztes Ausweichmittel werde die Aufnahme von kostspieligen Darlehen und Anleihen angesehen. So soll im nächsten Jahr wieder eine Anleihe von 500 Millionen Schilling aufgelegt werden. Der Schuldenstand der Gemeinde Wien werde jedoch im nächsten Jahr bereits auf mehr als 3,5 Milliarden Schilling gestiegen sein. Wenn zum Beispiel in der "Arbeiter-Zeitung" behauptet werde, daß die Stadt Wien keine Schuldenpolitik mache, dann strafe der vorliegende Budgetentwurf diese Behauptung Lügen.

Der Redner warnt vor jenen Kreisen in der ÖVP, die Wien immer benachteiligt haben, jene selben Kreise, die jetzt nach der absoluten Mehrheit im Parlament streben.

Abschließend erklärt GR. Lauscher im Namen der KLS, daß seine Fraktion auch heuer nicht in der Lage sei, dem Kapitel Finanzen die Zustimmung zu geben.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint, die von Vizebürgermeister Slavik genannten eindrucksvollen Zahlen verleiten zur Annahme, daß auch immer größere Leistungen erbracht werden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß zwar der Gesamtrahmen des Budgets gestiegen ist, aber gerade der Investitionssektor im Verhältnis dazu nicht entsprechend dotiert wurde. So beträgt die Gesamtsteigerung 9,7 Prozent, die Steigerung im Kapitel Bauwesen aber nur 5,7 Prozent. Der Anteil für das Bauwesen am Budget ist ebenfalls seit Jahren zurückgegangen. Waren es 1963 noch 20,3 Prozent, so sind es für 1966 nur mehr 17,3 Prozent.

Der Redner vertritt auch die Meinung, daß ein Teil der Budgetsteigerung nur auf die Teuerung zurückgeht. Beispiel dafür sei der Wohnungsbau, der zwar um 76 Millionen höher als im Vorjahr dotiert wird. Trotzdem bleibe die Bauleistung mit 5.000 Wohnungen gleich.

Die höhere Dotierung entspricht genau der Steigerung des Baukostenindex.

Die Einnahmen im Budget sind auch diesmal betont vorsichtig geschätzt, was schon zur Übung gehört. Was fehlt ist daher eine Übersicht über das zusätzliche Programm, das auf Grund der voraussichtlichen Mehreinnahmen durchgeführt werden wird. Der Redner stellt einen Antrag, dem Gemeinderat alle Vierteljahre eine solche Übersicht vorzulegen.

Es fälle auf, daß die Gewerbesteuer nur mit zwei Millionen höher eingesetzt ist.

Kritik übt Gemeinderat Dr. Schmidt an der Neubemessung der Grundsteuer, die keineswegs in der Mehrzahl der Fälle Ermäßigungen brachte, wie dies der Finanzreferent behauptet hat (Vizebürgermeister Slavik: Das hab ich nie gesagt!). Der Redner wendet sich auch gegen die rückwirkende Einhebung, die große Härten mit sich bringt. Die Budgeteinsicht zeige, daß bei vorsichtigster Schätzung eine Steigerung der Grundsteuer um 25 Prozent erwartet wird. Das kann doch nicht das Ergebnis einer Grundsteuermehrleistung einer Minderheit nach Abzug der Minderleistung einer Mehrheit sein. Die Gemeinde Wien hätte die soziale Verpflichtung, die Härten, die sich aus der rückwirkenden Einhebung ergeben, zu beseitigen. Dr. Schmidt stellte deswegen den Antrag, die Grundsteuer für die Kalenderjahre 1963 und 1964 in gleicher Höhe wie für 1962 einzuheben.

Bei den Budgetansätzen sehen wir auch 170 Millionen Schilling, die den Verkehrsbetrieben an Stelle der Tariferhöhung zur Verfügung gestellt werden, um die Tarife aufrechterhalten zu können. Man sieht, was Wahlen alles bewirken können. Offiziell heißt es natürlich, daß die für den 1. Jänner 1966 bereits fix in Aussicht genommene Erhöhung der Verkehrstarife im Interesse der Erhaltung der Währungsstabilität abgeblasen worden sei. Aber der gelernte Österreicher weiß, daß nicht so sehr die Sorge um den Schilling, sondern die Sorge um die Wählerstimmen ausschlaggebend gewesen ist. Es ergeben sich zwei konkrete Fragen: Auf welchen Zeitpunkt wird nun die Tariferhöhung bei den Verkehrsbetrieben verschoben; und ist der Finanzreferent der Meinung, daß es

volkswirtschaftlich richtig ist, die 170 Millionen auf dem Wege der Kreditaufnahme zu beschaffen, also Schulden mit Schulden zu bezahlen?

Auf dem kommunalen Wohnbausektor ist mit der Errichtung und Förderung von 11.300 Wohnungen zu rechnen. Das ist zweifellos eine schöne Zahl, geeignet, dieses lebenswichtige Problem der Stadt etwas zu mildern, aber keineswegs es zu entschärfen. Dazu ist der Wohnungsfehlbestand an ordentlichen Wohnungen und die Zahl der Wohnungssuchenden in dieser Stadt zu groß. Die Wohnungsfrage ist ein Problem der Bundesgesetzgebung; aber hier ist die Regierung Klaus-Pittermann ebenso wenig weitergekommen wie ihre Vorgänger. Keine der beiden Regierungsparteien hat versucht, im Parlament in dieser wichtigen Frage eine Entscheidung herbeizuführen. Das Parlament ist in der österreichischen Demokratie nicht sehr gefragt, freie Abstimmungen ohne Koalitionswang schon gar nicht. Der Bevölkerung wäre aber eine klare Mehrheitsentscheidung für die Lösung lebenswichtiger Probleme lieber als ein jahrelanges unfruchtbares Tauziehen ohne Aussicht auf eine Lösung.

Die Bewältigung des Großstadtverkehrs ist dem geistigen Umstellungsprozeß der Rathausmehrheit ausgesetzt. Leider sind sehr viele Jahre dabei unnütz verstrichen, und anscheinend wird auch in Zukunft das Tempo nicht sehr gesteigert werden. Bis zur Stunde fehlt noch immer ein Generalverkehrsplan, der den Individual- und den Massenverkehr gemeinsam umfaßt. Der Tenor der Berichte der gesamten österreichischen Presse über die Münchner Verkehrsausstellung - wo der Beitrag Wiens kläglich war - war: Wien fehlt ein Generalverkehrsplan. Daher war ich sehr erstaunt, als Bürgermeister Marck im Rundfunk sagte, daß der Wiener Gemeinderat Ende 1961 den Generalverkehrsplan für den Individualverkehr beschlossen hätte. Ich habe Verständnis dafür, daß man die etwas komplizierte Beschlußfassung im Rundfunk etwas vereinfacht darstellt. Wenn man das aber schon tut, dann kann man nicht unterscheiden zwischen Generalverkehrsplan für den Individualverkehr und für den Massenverkehr. Warum das wohl gesagt worden ist? Man wollte wohl nicht zugeben, daß sich die Auffassungen der Rathausmehrheit über die Bewältigung des Massenverkehrs zwischen 1961

und 1965 radikal geändert, um nicht zu sagen ins Gegenteil verkehrt habe. Das Argument, es seien für die Änderung der Auffassungen über die Unterfahung der Innenstadt technische Gründe maßgebend gewesen, ist weggefallen. Ich bin neugierig, welche Argumente man nun für den Gesinnungswandel der Rathausmehrheit vorbringen wird. Trotzdem freuen wir uns, daß sich - spät aber doch - die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß ein Konzept für die zweite Verkehrsebene geschaffen werden muß. Im Budget für 1966 finden wir allerdings nichts von einem solchen Konzept. Wir sind überhaupt enttäuscht, daß gerade der Investitionssektor sehr gering dotiert ist. Die Mitteilung im Wiener Amtsblatt vom Oktober, daß die Wiener Stadtverwaltung jetzt einen Forschungsauftrag vergeben hat, um die Planung des künftig notwendigen Verkehrsnetzes rechtzeitig beginnen zu können, steht doch einigermaßen im Widerspruch zu den Behauptungen, daß der Generalverkehrsplan für den Individualverkehr schon beschlossen sei und jener für den Massenverkehr sozusagen schon vor der Tür stünde. Es erweckt nicht den Eindruck, als würde die Gemeindeverwaltung aus dem Stadium der Improvisation bereits in das der Planung eingetreten sein. Wenn das Vorbereitungstempo so bleibt, reiht es sich würdig an das bisherige Schneckentempo und Durcheinander an.

Es sei ferner aufgefallen, daß das Defizit der Spitäler um 18,4 Prozent gestiegen sei, während der Bundesbeitrag nach dem Krankenanstaltengesetz nur um 8,4 Promille wuchs. Obwohl alle Länder und Gemeinden sich darüber einig seien, daß die Leistungen des Bundes zu gering sind, konnte man im Parlament keine Mehrheit für eine Änderung der betreffenden Bestimmungen finden. Dies wohl deshalb, weil man diese Mehrheit nicht gesucht hat. In freier Abstimmung wäre auch dieses Problem lösbar gewesen. Man findet sich zum Nachteil Wiens mit den Gegebenheiten ab.

Der Redner gab seiner Befriedigung über die Fortschritte beim neuen Allgemeinen Krankenhaus und bei anderen Einrichtungen Ausdruck und lobte die vorbildlichen Leistungen der Schul- und Kulturverwaltung, namentlich das Modernisierungsprogramm der Pflichtschulen. Als weniger befriedigend bezeichnete er die Budget-

ansätze für die öffentlichen Einrichtungen. Die FPÖ-Fraktion werde dem Voranschlag als einem Routinebudget und einem Spiegelbild unentschlossener Kommunalpolitik die Zustimmung versagen.

Gemeinderat Dr. Bauer (ÖVP) geht in seinem Debattenbeitrag zunächst auf die Frage ein, wie weit eine Gemeinschaft in das Leben des einzelnen eingreifen dürfe und unterstrich die Leistungen der ÖVP für die Wiener Kommunalpolitik der letzten 20 Jahre. Das Budget für 1966 bezeichnete er als eines der üblichen Routinebudgets, beinahe fein säuberlich von vorherigen Haushaltsplänen abgeschrieben und mit bestimmten, teilweise recht interessanten Steigerungssätzen versehen. Er vermißt darin Umschichtungen größeren Umfanges und die Bedachtnahme auf die Veränderung der wirtschaftlichen und soziologischen Strukturveränderungen. Er fordert ein brauchbares Budgetkonzept für Wien und eine möglichst verlässliche Vorausschau auf die Entwicklung der kommenden Jahre. In Wien werde mit "Kaltschnelligkeit" budgetiert.

Der Redner setzt sich sodann mit verschiedenen publizistischen Äußerungen auseinander, wobei es zu einem heftigen Zwischenrufduell zwischen ihm und Gemeinderäten der SPÖ kommt. Ferner wird kritisiert, daß das Wiener Budget nicht zuerst dem Gemeinderat, sondern der Wiener SP-Konferenz vorgelegt wurde und die Frage gestellt, was die SPÖ sagen würde, wenn der Finanzminister seinen Voranschlag zuerst einem Forum der ÖVP zur Beschlußfassung vorlegte. (Gelächter und Zwischenrufe und bei der SPÖ: "Genau das hat doch der Finanzminister getan!") Gemeinderat Dr. Bauer sprach sich für neue Wege der Budgeterstellung, für zeitgerechte Besprechungen sowie dagegen aus, daß man dem Gemeinderat ein fix und fertig gedrucktes Konzept vorlegt, das zwar theoretisch aber in der Praxis niemals abgeändert werden kann. Er verlangte die Einsetzung eines Budgetausschusses.

Der Redner bezeichnete das Wohnungsproblem als eine Haupt Sorge der Bevölkerung und setzt sich kritisch mit den Budgetansätzen für den Wohnbau auseinander. Er bezeichnete es als völlig unnötig, daß man durch die Errichtung der Montagebau-gesellschaft der privaten Bauwirtschaft Konkurrenz macht. Das soziale Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien sei längst nicht mehr sozial, sondern höchstens sozialistisch und das System der Er-

richtung und der Zuweisung von Gemeindewohnungen sei völlig verfehlt. Überdies werde fast die Hälfte aller öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau in Österreich vom Bund, den Ländern und den Gemeinden in den Wohnungsbau der Stadt Wien investiert, obwohl auf die Bundeshauptstadt nur 23 Prozent aller in Österreich in den Nachkriegsjahren errichteten Wohnungen entfallen. Schon damit ist das Märchen von der ständigen Benachteiligung Wiens durch den Bund auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaues glatt widerlegt. (Zwischenruf Gemeinderat Schreiner, SPÖ:

"Da werden sich die Bundesländer aber freuen, wenn sie das hören!"; Gemeinderat Hofmann (SPÖ): "Das werden wir uns sehr gut merken!") Auch die Mieten in den von der Gemeinde Wien errichteten Bauten steigen sprunghaft. An Stelle des legendären Zinsgeiers verschwundener Zeiten sei der ausbeuterische Stadtkapitalismus in den Zinshäusern der Gemeinde Wien getreten, den es um jeden Preis zu bekämpfen gelte. (Heftige Zwischenrufe von seiten der SPÖ.) Das heiße jedoch nicht, daß die ÖVP den kommunalen Wohnbau ablehne. Die Wohnungen seien größtenteils auch zu klein. In der Bevölkerung aber müsse ein Umdenken stattfinden, da es nicht angehe, daß man für die Wohnung nichts, für alles andere aber alle Beträge auszugeben bereit sei.

Zum Thema Stadterneuerung wiederholte der Redner die Forderung nach Auflockerung und Entflechtung von Wohn- und Betriebsbaugebieten und lobte in diesem Zusammenhang die Sanierung des Blutgassenviertels. Wenn die Gemeinde sich zu einer neuen Bodenpolitik durchringt, bedürfe es des zu Unrecht von den Sozialisten immer wieder geforderten Bodenbeschaffungsgesetzes nicht.

Zum Problem des Massenverkehrs in Wien wurde auf die Studie des Institutes für Betriebstechnik an der Technischen Hochschule in Wien eingegangen und daraus der Beweis dafür abgeleitet, daß die Forderungen nach einer zweiten Verkehrsebene berechtigt gewesen seien. Die ÖVP trete bei aller Befriedigung über die "Ustraba" für den Bau einer echten U-Bahn und für das von der Technik vorgeschlagene, kombinierte Massenverkehrsmittel ein, dessen Vorteile der Redner ausführt.

Auch die Parkraumisere hätte sich Wien leicht ersparen können (Zwischenruf Stadtrat Heller: "Welche Stadt kennt keine Parkraum-

misere?") Es habe offenbar noch vor kurzer Zeit nicht den marxistischen Maximen entsprochen, sich einen Arbeiter als glücklichen Autobesitzer vorzustellen. Der heutige Verkehrssalat führe jetzt zu Freizeitverlusten und Umsatzverlusten der Wirtschaft.

Zum Gesundheitswesen sagte der Generalredner der ÖVP, daß die TBC in unserer Stadt erfolgreich bekämpft werde und lobte die Initiative des Stadtrates Dr. Glück für die Kinderlähmungsschutzimpfung, die ein durchschlagender Erfolg geworden sei. Gefordert wurden wirksame Maßnahmen zur Krebsbekämpfung und ein umfassender Schutz für Mutter und Kind. Die Leistungen der konfessionellen Spitäler, die unter großen Opfern der katholischen wie der evangelischen Kirche einen wertvollen Beitrag zum Gesundheitswesen Wiens leisten, werden betont. (Zwischenruf Gemeinderat Windisch, SPÖ: "Das haben wir nie bestritten!") Der Redner geht ferner auf die Fürsorge für Alkoholiker und alte Menschen ein.

Die ÖVP wolle aber auch alles tun, daß Wien eine Stadt der Kultur bleibe. Für die Wirtschaft müsse ebenfalls besser gesorgt werden. In diesem Zusammenhang kritisiert der Redner die Einhebung der neuen Grundsteuern rückwirkend ab 1. Jänner 1963, auf die andere Städte verzichtet hätten. Man könne nach einer solchen Maßnahme nicht den Produzenten und dem Handel allein die Verantwortung für Preissteigerungen in die Schuhe schieben. Man dürfe auch nicht so tun, als befänden wir uns bereits in einer Inflation und solle statt dessen echte Konsumentenpolitik betreiben. Heute gehe es darum, die Wiener Wirtschaft europa-reif zu machen, wofür leider noch nicht allzuviel geschehen sei. Diesbezügliche Anträge der ÖVP seien zu wenig berücksichtigt worden. Die Abwanderung der Industrie in westliche Bundesländer müsse verhindert werden. In diesem Zusammenhang wird an einen Antrag der ÖVP zur Einführung von Volksabstimmung und Volksbegehren im Wiener Landtag erinnert. Durch solche echt demokratische Methoden könnte die richtige Rangordnung von Großprojekten direkt durch das Volk entschieden werden.

Obwohl die Zahlen des Budgets den bequemen Trott erkennen lassen, den die Mehrheit im Rathaus im Besitz ihrer Macht geht, sei die ÖVP der Überzeugung, daß mit diesem Budget für Wien doch etwas geleistet werden könne, und werde ihm daher ihre Zustimmung erteilen.

GR. Planek (SPÖ) hält es nicht für günstig, so sehr von der sachlichen Linie abzugehen, wie es sein Vorredner im ersten Teil seiner Ausführungen getan hat. Dieser Teil war nichts anders als ein Sammelsurium literarischer Ausdrücke und überdies nicht, wie es sein sollte, in freier Rede vorgebracht, sondern gelesen. Seine eigenen Ausführungen, ohne Redeunterlage, werden daher etwas bescheidener klingen.

Immer wieder wurde davon gesprochen, was schön und gut für unsere Stadt wäre, von der Dringlichkeit dieser Vorhaben usw. Es wäre jedoch interessant, einmal konkret zu hören, wie man sich die Finanzierung aller dieser Vorhaben vorstellt? Schließlich sind wir an einen finanziellen Rahmen gebunden. Auf welche Art will man also den Finanzrahmen erweitern, will man Steuern erhöhen, Fremdkapital heranziehen oder von wo sonst sollen die Mittel für die Erfüllung dieser Forderungen herkommen? Es wäre interessant, wie sich die ÖVP zu dieser Frage stellt. Erst wenn konkrete Vorschläge gemacht würden, könnte man darüber diskutieren.

Jeder Bürger, nicht nur der Gemeinderat, der mit offenen Augen durch die Stadt geht, wird sehen, was da oder dort noch zu machen ist. Wenn man aber sachlich sein will, nicht demagogisch, dann muß man auch erkennen, daß in Wien noch nie so viel geleistet wurde, wie in den letzten Jahrzehnten. Es wird auch jedem klar sein, daß man auch bei uns zur Lösung der Verkehrsprobleme eine zweite Verkehrsebene braucht. Daß ein Teil seiner Fraktion der Ansicht war, die Alweg-Bahn sei vielleicht das entsprechende technische Mittel, sei begreiflich, da die Alweg-Bahn-Gesellschaft diese Bahn teilweise aus eigenen Mitteln finanzieren wollte.

Ein in letzter Zeit von .Experten ausgearbeiteter Entwurf für die Lösung der Wiener Verkehrsprobleme sei auch den Stadtwerken bekannt. Der vorläufige berechnete Aufwand für dieses Projekt wird mit elf Milliarden Schilling angenommen. Bei einem Netz von 145 Kilometer Länge würde nach deutschen Unterlagen berechnet, eine echte U-Bahn in Deutschland 40 Milliarden Schilling kosten, das bei uns geplante Verkehrsnetz jedoch elf Milliarden.

Der Wiener Weg, daß wir vorerst eine Unterpflaster-Straßenbahn planen, die jederzeit in eine Untergrundbahn umgewandelt werden kann, ist also nicht der schlechteste, da wir ihn finanziell verkraften können.

Es wurde auch kritisiert, daß präliminierte Beträge vielfach nicht mit den tatsächlichen Kosten übereinstimmen. Selbstverständlich kann eine präliminierte Summe nicht genau sein, da sich während der Durchführung eines Vorhabens noch wiederholte Änderungen ergeben.

Was die Zuwachsrate des Sozialprodukts anlangt. Die Experten nehmen an, daß sie im kommenden Jahr nur vier Prozent ausmachen wird. Es ist daher selbstverständlich, daß der Finanzreferent seine Ansätze gleichfalls vorsichtig geschätzt hat. GR. Planek stellt fest, daß er fünf Budgetjahre, und zwar 1960 bis 1964 untersucht hat, also abgerechnete Haushaltsjahre. Es hat sich gezeigt, daß man in diesen fünf Jahren 200 Millionen aus den Rücklagen entnommen hat. Wir haben also 200 Millionen mehr ausgegeben, als eingenommen, weil soviel dringend Notwendiges durchzuführen war. Es wird daher wahrscheinlich im Jahr 1965 und 1966 der Versuch unternommen werden, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wiederherzustellen.

Es wurde auch der Vorwurf erhoben, daß auf dem Bausektor zu wenig geschieht. In der genannten Abrechnungsperiode haben wir jedoch tatsächlich im Geldaufwand mehr geleistet, als prozentuell gegenüber dem Zuwachs im Budget entsprochen hätte. 1964 sind wir beim Wohnungsbau auf eine Meßzahl von 155 gekommen, wir haben also mehr ausgegeben, als der reale Zuwachs in den Jahren ausgemacht hat. Auch beim Straßenbau wurde, in diesen Kennziffern ausgedrückt, mehr gemacht, als der reale Zuwachs des Budgets in der genannten Periode ausmachte.

Nochmals zum U-Bahn-Bau. Es wurde gesagt, ausländische Städte machen mehr. Nicht gesagt wurde jedoch, was in diesen anderen ausländischen Städten der Bund für diesen Zweck an Beiträgen leistet. Die folgenden Zahlen, die einer deutschen Publikation entnommen sind, beziehen sich auf den Zeitraum 1950 bis 1960: Von Hannover wurden für den U-Bahn-Bau pro Kopf der Bevölkerung 143 Schilling, von Köln 110,50 Schilling, von Düsseldorf 260 Schilling aufgewendet.

Der Bund gab in Hannover Zuschüsse von 11 Schilling pro Kopf der Bevölkerung, in Köln 27,30 Schilling, in Düsseldorf 34,45 Schilling. Daraus ist zu ersehen, wie kräftig der Bund in Deutschland den Städten zuschießt. Und daraus sieht man, wie falsch die Wiener Bevölkerung von der ÖVP informiert wird.

Es ist eine Tatsache, daß die Investitionen um ein Prozent sinken werden. Man muß dabei aber auch an den notwendigen Erhaltungsaufwand denken, den der Bau von mehr Wohnungen, Schulen und so weiter einmal mit sich bringen wird. Betrachtet man die Lage an Hand der wirklichen Ausgaben, so zeigt sich, daß in den Jahren 1960 bis 1964 versucht wurde, die Investitionsquote im allgemeinen auf gleicher Höhe zu halten.

Die folgenden Zahlen über den Anteil der Investitionsausgaben von Bund, Ländern und Wien sollen zeigen, wie vielfältig und vielseitig die Aufgaben sind, die Wien zu lösen hat: Vom Bund wurden 1963 an Investitionen aufgewendet: für Straßen und Brückenbau 71,4 Prozent, für Wohnungsbau 4,18 Prozent, für öffentliche Einrichtungen 9 Prozent. Die Länder ohne Wien wendeten auf: für Straßen- und Brückenbau 55,4 Prozent, für Wohnungsbau 0,8 Prozent, für öffentliche Einrichtungen 0 Prozent. Von Wien allein hingegen wurden aufgewendet: 19,6 Prozent für Straßen- und Brückenbau, 36,9 Prozent für Wohnungsbau, 15,3 Prozent für öffentliche Einrichtungen.

Die ÖVP stellte die Forderung auf, Wien sollte beherzigen was Abgeordneter Uhlir vom Bund gefordert hat. Vizebürgermeister Dr. Drimmel behauptete dazu in einem Artikel unter anderem, unser Budget sei undurchsichtig, irreführend und ähnliches. Dazu ist jedoch zu sagen, daß das System im Bund verschieden von dem unseren ist. Bei uns herrscht nämlich eine Kollegial- und nicht eine Ministerialverwaltung.

Im Zusammenhang mit der Motorisierungswelle wird von uns immer wieder gefordert, etwas für den ruhenden Verkehr zu tun und Garagen, Einstellplätze und so weiter zu schaffen.

Dies darf jedoch nicht unsere Aufgabe sein. Wir müssen hingegen versuchen, die Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß man rasch vom individuellen Verkehr auf den öffentlichen Verkehr umsteigen kann, wenn man gut und schnell in die Stadt kommen will.

Untersuchen wir nun die schwierige Frage, was auf uns zukommt, welche Aufgaben wir in nächster Zeit zu lösen haben werden. In den nächsten zehn Jahren werden wir vor allem dafür zu sorgen haben, daß die Strom-, Gas-, Wasser-, Wärmeversorgung unserer Stadt erweitert wird. Was wird die Stadt für diese und andere Dinge aufwenden müssen? Der Ausbau der Wasserversorgung etwa wird eine Milliarde Schilling kosten,

der Ausbau des Hauptstraßennetzes 900 Millionen, Brückenbauten 400 Millionen, für Spitäler werden wir (ohne Bundeszuschüsse) 2,8 Milliarden Schilling aufwenden müssen, für den absoluten Hochwasserschutz 2,5 Milliarden, für den Wohnungsbau 8 bis 10 Milliarden, für den Bau der neuen Großmarkthalle 300 Millionen, für die Errichtung des Schlachthofes 700 Millionen und schließlich für die Erweiterung des Stadtbahn- und Schnellbahnnetzes 11 oder 12 Milliarden Schilling. Das alles kann nur dann sinnvoll durchgeführt werden, wenn wir einen Finanzplan haben und eine Rangordnung und Schwerpunktprogramme ausarbeiten. Bei der Finanzierung erhebt sich die Frage: Eigen- oder Fremdmittel? Fremdmittel jedenfalls werden nur dann verwendet werden, wenn die Gewißheit besteht, daß zumindest die Zinsenlast wieder hereinkommt.

Im folgenden beschäftigt sich Gemeinderat Planek mit einigen Fragen der Integration und richtet in diesem Zusammenhang an den Berichterstatter die Bitte, die Ergebnisse der Integrations-enquete den Gemeinderäten vorzulegen.

Der Redner verweist wieder darauf, daß Wien aus seinem Steueraufkommen 1,5 Milliarden Schilling den anderen Bundesländern zur Verfügung stellen muß. Er würdere sich daher, daß der Redner der Volkspartei nicht gesagt habe, er werde dafür eintreten, daß der Bund der Stadt Wien mehr Mittel zur Verfügung stellt.

Abschließend legte GR. Planek ein Bekenntnis zur Koalition ab und forderte die ÖVP auf, bei der Zusammenarbeit mehr Sachlichkeit und mehr Wohlwollen aufzubringen. (Beifall bei der SPÖ).

Vizebürgermeister Slavik meint in seinem Schlußwort, daß von den vier Diskussionsbeiträgen eine Rede war, die für das Budget und für die Zusammenarbeit eintrat; eine Rede war gegen das Budget, gegen die Zusammenarbeit, aber für die Annahme des Budgets, und dann waren zwei Reden, die gegen das Budget gewesen sind, aber einen weniger oppositionellen Ton hatten als jene Rede, die auch für die Annahme des Budgets war. (Stadtrat Dr. Schaumayer, ÖVP: Das ist nur heuer so!)

Hierauf beschäftigte sich der Referent eingehend mit dem Problem der Grundsteuer. Er stellt fest, er habe nie davon geredet, daß die Mehrheit weniger zahlt, sondern gesagt, daß er sich bei seiner ersten Annahme verschätzt habe. Ursprünglich wurde damit gerechnet, daß ein Drittel unverändert bleibt, ein Drittel Erhöhungen und ein Drittel Ermäßigungen sein werden. Die Änderungen waren aber stärker als angenommen. Eine Untersuchung im September hat 50,9 Prozent Erhöhungen und 49,1 Prozent Ermäßigungen ergeben. Eine Untersuchung im Dezember ergab 28.000 Ermäßigungen und 43.000 Erhöhungen.

Der Referent weist dann anhand zahlreicher Beispiele nach, daß die Ermäßigungen vor allem bei den kleinen Grundstücken eingetreten sind, also bei solchen, wo Rentner und Pensionisten die Besitzer sind. Wir wissen, sagte Vizebürgermeister Slavik abschließend zu diesem Problem, daß es Ungerechtigkeiten gegeben hat, aber nicht durch die Schuld der Stadtverwaltung. Denn die Festsetzung des Einheitswertes hat das Finanzamt durchzuführen. Leider hat man es versäumt, vorher entsprechende Richtlinien herauszugeben, sodaß oft eine sehr verschiedene Beurteilung erfolgte.

Zu dem Vorhalt, daß für einige Projekte kein Geld vorgesehen sei, erwiderte der Vizebürgermeister, daß bei einigen erst die rechtliche Frage ausgetragen werden muß, ob es sich um Bundes- oder Gemeindeaufgaben handelt. Wir haben es so wie in den vergangenen Jahren gehalten, daß nur fertige Projekte in das Budget aufgenommen werden, weil wir zuerst wissen müssen, was es kostet.

Wir haben hier eine Kollegialverwaltung, und sollten sich die finanziellen Möglichkeiten ergeben und Projekte fertigwerden, wird die Finanzverwaltung nicht zögern, den Gemeinderat um seine Genehmigung zu ersuchen.

Zur Frage des Finanzausgleichs sagt der Referent: Die Stadt Wien wird auf vielen Gebieten außerhalb des Finanzausgleichs belastet oder nicht genügend berücksichtigt. Es ist einfach grotesk, wenn in der Diskussion gesagt wurde, daß der Bund der Stadt Wien Milliardenbeträge gibt. Die sogenannten gemeinschaftlichen Abgaben sind keine ausschließlichen Bundesabgaben, nach dem Finanzgesetz gebührt ein Teil dem Bund, ein Teil den Ländern und der dritte Teil den Gemeinden. Uns schenkt niemand etwas! Aber neben diesem Finanzausgleich gibt es andere Probleme, wo die Stadt Wien benachteiligt wird. Am offensichtlichsten ist das beim Straßenbau, wo in den Bundesländern Milliardenbeträge ausgegeben werden, aber nur ein Promille-Satz oder ein ganz kleiner Prozentsatz auf die Stadt Wien entfällt. Ebenso werden beim Förderungswesen Milliardenbeträge ausgegeben, von denen fast nichts in die Stadt Wien kommt.

Es wurde gesagt, daß die Müllabfuhr teurer wurde. Man kann auf dem Standpunkt stehen, es soll alles bei den alten Preisen bleiben - aber dann darf man nicht Forderungen an die Leistungsfähigkeit der Stadt Wien stellen. Wir können nicht die Erhöhung der Kosten der Müllabfuhr selbst übernehmen und andererseits schon wieder eine neue Müllverbrennungsanlage bauen.

Weiter wurde gesagt, daß die Stadt Wien große Schulden habe. Im Rechnungsabschluß 1964 sind Schulden von 2.345 Millionen ausgewiesen. Davon entfallen 408 Millionen auf die Hoheitsverwaltung, wobei wieder 324 Millionen den Wohnhaus-Wiederaufbau betreffen. Das muß dazugesagt werden. Das betrifft jene Kriegsschäden, die mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaues behoben wurden. Der Rest von 84 Millionen sind alte Schulden.

Die Investitionen der Wasserwerke, die als zu gering bezeichnet wurden, steigen von 114,6 Millionen im Rechnungsabschluß 1964 auf 130 Millionen im Voranschlag 1966.

Zur Entkräftung der Kritik, daß für den Großstadtverkehr zu wenig Mittel bereitgestellt werden, führt Vizebürgermeister Slavik an, daß im Voranschlag für 1966 nur für Verkehrsbauten 428,4 Millionen vorgesehen sind.

Der Referent zitiert ausländische Zeitungen, aus denen die Schwierigkeiten anderer Großstädte beim U-Bahnbau und andererseits die Anerkennung für die Leistungen Wiens bei der Lösung seiner Verkehrsprobleme hervorgehen.

Zur Finanzverwaltung führt der Redner aus: Im Rechnungsabschluß 1957 waren Rücklagen von 634,8 Millionen Schilling ausgewiesen, laut Rechnungsabschluß 1964 sind es 636,1. Wir haben in diesem Zeitraum 45.000 Millionen ausgegeben und 45.000 Millionen und noch 1,2 Millionen eingenommen. Wir können mit ruhigem Gewissen sagen, daß wir es uns sehr genau eingeteilt haben, daß es genauer kaum mehr möglich ist. 1958 hatten wir eine Investitionssumme von 1,1 Milliarden, laut Rechnungsabschluß 1964 betragen die Investitionen 2,3 Milliarden. Wir haben also von 1958 bis 1964 die Investitionssumme verdoppelt. Zusammenfassend ergibt sich: Wir haben die Rücklagen nicht verbraucht, sondern wir haben sie bewahrt. Sie könnten höher sein, aber man soll das nicht aus Prestige Gründen tun, sondern man soll die Aufgaben erfüllen.

Was soll ich mit der größten "Oppositionsrede" anfangen? Daß die ÖVP immer modern war, ist nichts Neues; daß sie früher nie bestanden hat, ihre Anhänger früher nie auf der Welt waren, haben wir auch schon ein paarmal gehört. Es ist immerhin erfreulich, daß die Nachfahren der alten Christlich-sozialen nun so weit gekommen sind, daß sie das, was Julius Tandler unter heftigem Protest des Bürgertums in Wien eingeführt hat, jetzt doch positiv bewerten. (Beifall bei der SPÖ). Wir haben auch gehört, wie großartig die Budgetvorschau des Bundes ist. Allerdings stimmt sie schon für 1967 nicht mehr. Was soll man von so einer Vorschau halten? Warum so eine Propagandarede? Halten Sie diese Rede bei einem Landesfinanzreferenten Ihrer Partei, damit Sie die Reaktion hören! (Heiterkeit bei der SPÖ).

Wenn davon gesprochen wurde, er habe das Budget mit einer Kaltschnäuzigkeit vorgelegt, so kann er dazu nur erwidern, daß er davon ausgegangen ist, daß den Gemeinderäten ein Referat von einer Stunde angenehmer wäre, als ein dreistündiges. Er habe jedoch gehofft, daß zumindest der Generalredner einer jeden Partei den Budgetentwurf genau angeschaut hätte.

Wiederholt wurde auf das Bundesbudget verwiesen. Es bestehe jedoch ein großer Unterschied zwischen einer ministeriellen Verwaltung und einer kollegialverwaltung. Das Parlament beschließt ein Budget und weist jedem Ressort das Geld zu. Bei uns ist das nicht so. Wir gehen mit allen Vorhaben in die Kollegialorgane, also Gemeinderatsausschüsse, St. Senat und bei größeren Sachen auch in den Gemeinderat.

Bei den Ausführungen von GR. Dr. Bauer hatte man das Gefühl, daß heute der Wahlkampf in den Wiener Gemeinderat einzieht. Man hat jedoch den Eindruck, daß der Debattenredner das Budget zu wenig gelesen hat. Außerdem besteht, wenn eine Rede vorgelesen wird - wie GR. Bauer es getan hat - die Möglichkeit, daß der Redner gar nicht sein eigenes Gedankengut vorbringt, womit natürlich im konkreten Fall keineswegs ein solcher Verdacht ausgesprochen werden soll.

Als tollkühn bezeichnet der Referent die Behauptung, daß die Hälfte aller Wohnbauförderungsmittel nach Wien fließt. Wir wissen alle, daß davon keine Rede ist. Es gibt einen einzigen Fonds, bei dem wir auf 60 Prozent Anspruch haben, und tatsächlich 58 Prozent bekommen, das ist der Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds. Aus Mitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds erhält Wien 30.97 Prozent, aus der Landeswohnbauförderung 1954 nur 24.27 Prozent.

Es wurde auch davon gesprochen, wie raffgierig der "Stadtkapitalismus" ist, der für Gemeindewohnungen Mietzinse bis zu elf Schilling pro Quadratmeter verlangt. Dabei müßten die Gemeinderäte genau wissen, daß zwei Prozent der Baukosten pro Jahr eingehoben werden; das gleiche wie beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und bei der Landeswohnbauförderung. Der Redner hat es sich jedoch sehr einfach gemacht und die Aufzugs-, Kolonia-, Warmwasser-, Zentralheizungsgebühren usw. miteingerechnet. Interessant ist jedoch, daß der Redner der ÖVP kein Wort über den bekannten Wunsch seiner Partei gesagt hat, für die Privatwohnungen, egal welchen Baujahres, Mietzinse von vier Schilling pro Friedenskrone einzuheben. Ein gefährliches Wort wurde geprägt, als man sagte, man kann bei Lebensmitteln auf die billigere Qualität ausweichen. Ein derartiger Ausspruch erinnert an die

Wursthaut, von der man Suppe kochen kann. Die ÖVP möchte für alle Wohnungen gleichviel verlangen, für die älteste und schlechteste Wohnung genausoviel wie für die modernste.

Der Vertreter der ÖVP hat auch gemeint, daß das Grundbeschaffungs- und Assanierungsgesetz gar nicht so notwendig wäre. Man soll sich jedoch daran erinnern, wie oft Kritik gibt wurde, weil hohe Beträge für Grundankäufe ausgegeben werden mußten. Die Stadtverwaltung braucht diese Gründe, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, wie es die Errichtung von Kindergärten, Spitälern, Parkanlagen, Straßen und ähnliches ist. Er ist daher der Meinung, daß ein Grundbeschaffungs- und Assanierungsgesetz dringend notwendig ist.

Der Redner der ÖVP hat auch die Befürchtung ausgesprochen, daß die Sozialisten vor den Nationalratswahlen mit einem Plan für die Errichtung einer U-Bahn herauskommen könnten. Vizebürgermeister Slavik stellt fest, daß es sich diesmal um eine Nationalratswahl handelt. Vielleicht könnte der Redner dem Bundeskanzler und dem Finanzminister empfehlen, mit einem solchen Projekt vor den Wahlen herauszukommen. Die Sozialisten würden dies mit Freude begrüßen.

Es wurde zugegeben, daß wir für unsere Spitäler viel machen, jedoch kritisiert, daß wir für die privaten Anstalten nichts ausgeben. Der Redner dürfte anscheinend die Subventionen übersehen haben, die zum Beispiel die Barmherzigen Brüder und das St. Anna Kinderspital erhalten haben. Dem Göttlichen Heiland hat die Stadtverwaltung für die Errichtung eines Pavillons 40 Millionen zur Verfügung gestellt, mit einer Laufzeit von siebenzig Jahren und einer Verzinsung von einem Prozent pro Jahr.

Einige Aufregung habe es gegeben wegen der Lohn- und Preisentwicklung. Zieht man einen Vergleich zwischen den Jahren 1958 und 1965 kommt man darauf, daß die Preise um 25 Prozent gestiegen sind und die Nettolöhne um 40 Prozent. Das heißt, daß sich von 1958 bis 1965 eine Reallohnverbesserung um 15 Prozent ergeben hat, im Durchschnitt also eine jährliche von 2,1 Prozent.

Was die Frage der Vorbereitung auf den europäischen Markt betrifft, können wir darauf hinweisen, daß wir sehr intensiv an Integrationsstudien arbeiten. Das kann auch kaum verborgen geblieben sein, da alle interessierten Körperschaften daran mitarbeiten. Wir wirken auch mit Bundesdienststellen zusammen, wobei sich oft Verzögerungen ergeben, weil diese die Vorschläge erst dann weitergeben, wenn sie mehrfach überprüft und genehmigt wurden. Jedenfalls wird die Grundlagenforschung, die wir jetzt im Hinblick auf einen gemeinsamen Markt betreiben, wesentlich dazu beitragen, daß wir von keiner Entwicklung überrascht werden können.

Zur Frage der Budgeterstellung ist zu sagen: Wenn beim Bund so ruhig und so vernünftig geredet worden wäre, wie in den Budgetverbesprechungen der Stadt Wien, hätte es in der Regierung möglicherweise keinen Budgetkrach gegeben. Man kann aber nicht auf den Semmering oder sonstwohin fahren und von dort ~~aus~~posaunen, man werde Neuwahlen erzwingen, wenn die SPÖ zum Budgetentwurf nicht vorbehaltlos ja sage, obwohl man gar nicht wußte, was in diesem Entwurf drinnensteht. Vielleicht wußte man es aber auch - das müssen die Herren von der ÖVP besser wissen (Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Drimmel: "Sie werden mir das Geheimnis nicht entlocken!").

Der Referent empfahl abschließend, die vorliegenden Anträge den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zuzuweisen und den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe zuzustimmen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des zweiten Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Die Anträge der FPÖ-Fraktion werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende, GR. Helene Potetz, unterbricht darauf die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Freitag, den 10. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I (Personalangelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Hans Bock (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Rindernachmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 2 Ochsen,
Summe: 2. Neuzufuhren Inland: 2 Ochsen, 7 Stiere, 16 Kühe,
9 Kalbinnen, Summe: 34. Gesamtauftrieb: 4 Ochsen, 7 Stiere,
16 Kühe, 9 Kalbinnen, Summe: 36.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren
Inland: 143, DDR 155 zu 13.50 und 14 S. Gesamtauftrieb: 298.
Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) In- und Ausland kein Auftrieb

- - -